

Wehretat-Erhöhung 2025: Reservistenverband besorgt

Reservistenverband alarmiert über „große Sorgen“ durch den Wehretat - Erfahren Sie die Details! Stand: 06.07.2024 um 10:03 Uhr.

Finanzielle Herausforderungen: Reservistenverband warnt vor Engpässen im Verteidigungsetat

Die Diskussion um den aktuellen Wehretat hat beim Reservistenverband der Bundeswehr große Besorgnis ausgelöst. Die geplante Erhöhung des Verteidigungsetats für das Jahr 2025 wird als unzureichend angesehen, um die Bundeswehr angemessen auszustatten.

Zu geringe Anpassungen am Verteidigungsetat

Präsident Patrick Sensburg kritisiert die geplante Erhöhung des Wehretats um 1,2 Milliarden Euro und betont, dass eigentlich zwischen 6,5 und 7 Milliarden Euro zusätzlich erforderlich wären, um die Bundeswehr einsatzfähig zu machen. Die aktuelle Haushaltsplanung lässt jedoch befürchten, dass bestehende Lücken nicht geschlossen werden können, was zu ernsthaften Problemen führen könnte.

Ausblick auf die Zukunft des Verteidigungshaushalts

Obwohl für das Jahr 2028 ein Verteidigungshaushalt von 80 Milliarden Euro in Aussicht gestellt wurde, weckt dies beim Reservistenverband keine Zuversicht. Die aktuelle Koalition hat über diese Entscheidung jedoch keine direkte Kontrolle, sodass die finanzielle Lage der Bundeswehr weiterhin kritisch betrachtet wird.

Gespannte Reaktionen der politischen Parteien

Die Grünen äußern sich ebenfalls skeptisch zur aktuellen Haushaltsplanung. Die sicherheitspolitische Sprecherin Sara Nanni warnt davor, dass die zukünftigen Debatten über den Verteidigungshaushalt schneller kommen könnten als gedacht und nicht ohne weitere Kontroversen verlaufen werden.

Verteidigungsminister Boris Pistorius forderte bereits im Mai einen erheblichen Zusatzbedarf an Finanzmitteln für die Bundeswehr. Es wird erwartet, dass dieser Bedarf in den kommenden Jahren weiter steigen wird, da bereits vorhandene Mittel gebunden und ausgeschöpft sein werden. Finanzminister Christian Lindner betont jedoch, dass die endgültigen Entscheidungen in dieser Angelegenheit von anderen getroffen werden.

Die Unsicherheit über die zukünftige Finanzierung der Bundeswehr bleibt hoch, und die Forderungen nach einer nachhaltigen finanziellen Ausstattung werden von verschiedenen Seiten verstärkt. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Diskussion um den Verteidigungsetat weiter entwickeln wird.

– **NAG**

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de